Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.50, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1222.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 32. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 372. Mittwoch 25. Juli 1906. 100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* **Der Kaiser hat eine telegraphische Huldigung der Keetmanshoper in Deutsch-Südwestafrika aus Anlaß der Ablehnung des Eisenbahnbaues durch eine Dankdepesche erwidert und seine Fürsorge versprochen.** (S. Dtschs. R.)

* **Das westfälische Oberkonsistorium hat der Wahl des evangelischen Pfarrers Cäsar seine Bestätigung versagt.** (S. Dtschs. R.)

* **Die Pforte hat gegen die Kundgebung der kretischen Nationalversammlung zu Gunsten einer Vereinigung mit Griechenland bei den Schutzmächten Protest eingelegt.**

* **In South Framingham (Massachusets) stürzte ein Hotelneubau ein und begrub 50 Personen unter den Trümmern. 10 Personen wurden getötet, 30 verletzt.**

Lex Heinze.

Geschichtsschreiber einer ferneren Zukunft, in welcher das Quellenmaterial unserer Zeiten mangelhaft geworden ist, werden vielleicht vor einem Rätsel stehen, wenn ihnen in den Zeitungen und Parlaments-Protokollen unsere Sittlichkeitsbewegung und ihr Widerspiel an einen Namen geknüpft begegnet, den sie in den Registern der Staatsmänner und Schriftsteller vergeblich suchen. Sie können unmöglich ahnen, daß es der Name eines gemeinen Kupplers und Totschlägers ist, der durch allerhand Zufallslaunen einmal mit einer gesetzgeberischen Fehlgeburt verknüpft war. Eine Briefkastennotiz des vatikanischen „Osservatore Romano" soll vor einigen Jahren die Anfrage eines italienischen Lesers mit der gewissenhaften Auskunft beantwortet haben: „O. ist der Name eines frommen Zentrums-Abgeordneten." Tableau!

Sie ging wieder in der Wintersession unserer Parlamente um, die tote lex. Und ihr Umgang hatte dieses Mal nicht das Wüste früherer Jahre. Es war, als ob der friedlose Geist bald zu seiner Ruhe zu gelangen hoffen dürfte. Als damals die heiße Schlacht um die lex geschlagen wurde, die heißeste vor den zollpolitischen Kämpfen des Jahres 1902, als die liberale Opposition noch fast am Ende der dritten Lesung plötzlich zur Obstruktion auswuchs, da rief es „Kunstbanausen" von häben ins Zentrumslager hinein, und von drüben schallten Zurufe von ebenso persönlich verletzender Färbung zurück. Diesmal klangs anders von beiden Seiten, etwa so, wie am Vorabend einer Verständigung. Die Zentrumspartei mit ihrem feinen Unterscheidungsgefühl für das Erreichbare und das Unerreichbare scheint auf die angefochtenen Kunstschuf-Paragraphen der alten lex nicht zurückkommen zu wollen; und die Liberalen bereisen, daß sie die Duldung gewisser Auswüchse in Schrift und Bild weder vor ihrem Gewissen noch vor ihren Wählern auf die Dauer verantworten können.

Nur Herr Müller-Meiningen trat noch „voll und ganz" für alles ein, was „Simplizissimus" und „Jugend" bringen: die Welt beneide Deutschland um diese Blätter. Ihren künstlerischen Charakter in allen Ehren. Auch wer die modernen Kunstformen weder aus wirklicher Sympathie, noch etwa deswegen, weil sie „modern" sind, in ernsten Dingen sonderlich liebt, kann ihre Anwendung auf komische Gegenstände, in der Satire, Parodie usw. gelten lassen; und im Rahmen der modernen Art sind die Karikaturen jener Organe ja vorzüglich. Auch wird der literarisch Gebildete, der für seinen Aristophanes und für den Dichter des Falstaff schwärmt, dem komischen, satirischen, polemischen Genre genau denselben hohen Platz anweisen, wie allen Meisterwerken der erhabenen Muse. Aber sind wir die ästhetische Vollkommenheit der aristophanischen Komödie rein zu genießen imstande, auch wenn wir ihre politischen Tendenzen für falsch ansehen, so wird uns das gewaltig dadurch erleichtert, daß diese Tendenzen eine Zeit betreffen, aus der auch gar nichts mehr auf unser Tagesleben herüberfliegt. Schwerer wird uns die ungetrübte Würdigung moderner politischer Witzblätter in solchen Fragen, wo diese unseren persönlichen Anschauungen zuwider sind. Immerhin können wir auch durch Selbsttaucht zu einer vollen objektiven Würdigung emporgelangen, zu einer reinen Freude. Wir brauchen auch noch Jahrzehnten politischer Volkserziehung wohl nicht mehr zu befürchten, daß durch noch so frevelhaften Witz nennenswerte Bruchteile des deutschen Volkes ihrer anderweitig errungenen Grundüberzeugung untreu gemacht werden.

Ganz anders steht es bei ethischen Fragen. Einmal übersteigen sittliche Gefahren mögliche politische Nachteile ebenso gewaltig, wie der Wert der menschlichen Seele alle materiellen Güter turmhoch überragt. Dann aber sind in unseren Tagen die ethischen Ideale, die Jahrhunderte lang festgegründet schienen, in der öffentlichen Meinung leider sehr stark erschüttert. Nicht bloß durch die Einseitigkeiten falsch verstandener Nietzscheschen Aphorismen, welche der Skepsis jugendlicher Lebensperioden den Anstrich einer philosophischen Form gegeben haben: die „Herrenrechte" der „blonden Bestie" sind in den Anschauungskreis aristokratischer Stände gebannt, und jeder Versuch neuer Catilinas, sie geltend zu machen, scheint dort durch die monarchische Verfassung und die soziale Gebundenheit in engen Schranken gehalten zu werden. Aber das, was man „Emanzipation des Fleisches" nennt, diese Negation des christlichen Keuschheitsideals, hat durch die wohlwollende Pflege demokratischer Parteiführer, man möchte sagen durch ihr Kokettieren mit einem unbändigen Radikalismus auf allen Lebensgebieten, Eingang in die Ohren und Herzen breiterer Volksschichten gefunden; mag auch die Mehrheit unserer im Grunde noch gesund empfindenden Arbeiter an der überlieferten Heiligkeit des Familienlebens trotz aller Parteipäpste durch die Tat festhalten. Da ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, daß durch die literarische und künstlerische Veralderung des alten Ideals mehr noch als durch theoretische Predigten von einem zügellosen Naturkultus die Gemüter vor allem der jüngeren Leute vergiftet werden.

Solche Veralderung ist aber die offenbare Tendenz des „Simplizissimus". Sein berüchtigtes Flugblatt war einfach ein Erguß unflätiger Polemik gegen hochachtbare Bestrebungen, mochten sie sich auch einmal in der Form ein wenig vergriffen haben. Und diese Polemik hatte das Familienleben des gesamten geistlichen Standes der evangelischen Kirche in ihren Bereich gezogen und einer Betrachtung aus dem Gesichtswinkel des sexuellen Organismus unterworfen: Da hilft kein rabulistisches Drehen und Deuteln, das muß der gesunde Menschenverstand beurteilen können! Die Unsicherheit, mit der die öffentliche Meinung den pornographischen Ungezogenheiten des „Simplizissimus" entgegengetreten ist, weist darauf hin, daß ein normales Empfinden, eine verständige Abwägung und Ausgleichung ästhetischer und ethischer Bedürfnisse heute leider nicht als ein Gemeingut des deutschen Volkes angesehen werden kann.

Wandel hierin zu schaffen ist Aufgabe der allgemeinen Volkserziehung; nicht allein der Jugenderziehung, sondern ganz vorzüglich der Allgemeinerziehung durch die allmähliche Ausbreitung gesunder, nach keiner Seite überschießender Grundsätze und Empfindungen. Es gilt nämlich außer der schließlich doch stofflichen Vorliebe für die Darstellung oder Andeutung des Sexuellen auch ihr Widerspiel, die Prüderie, zu bekämpfen, die gar nicht mal immer geheuchelt oder krankhaft zu sein braucht, aber durch ihre Ueberspannung den Spott herausfordert und durch ihn entwaffnet wird. Alberne Pädagogen, die nicht mehr das schwarzbraune Mädchen um den Straßburger Soldaten weinen lassen und das verschwundene Liebchen durch einen verschwundenen Onkel ersetzen, sind keine guten Apostel der Sittlichkeit. Ganz abgesehen davon, daß sie die Unbefangenheit gerade der frühesten Jugend gewaltig unterschätzen, die bei der Schullektüre an Wendungen vorübergleitet, bei welcher ein Erwachsener sich etwas denken wird, weil er überhaupt aufmerksamer liest.

Es schleicht ein krankhafter Geist durch unsere Zeit: der eine schwelgt in der Ausmalung dessen, was sogar einige Tiere mit dem Schleier der Nacht bedecken, durch Wort und Bild; der andere malt nach dem Schillerschen Rezept freilich den Teufel neben der Wollust, aber dabei doch auch die Wollust selber.

Durch eine Volkserziehung in unserem Sinne einen besseren, gesunderen Geschmack zu erwecken, ist eine hohe Aufgabe der Presse und der Vereinstätigkeit; besonders wohl desjenigen Vereins, der etwas mißbräuchlich den Namen unseres Dichterfürsten in den Tageskampf hineingezogen hat. Wir vermögen nicht einzusehen, daß durch eine Verschärfung der Strafgesetze das bezeichnete Ziel besser und sicherer zu erreichen sei. Auf die kulturelle Hebung des öffentlichen Geistes, des Geschmacks, kommt es an; an einer erzwungenen Wohlanständigkeit liegt sehr wenig, sie kann sogar der Lächerlichkeit verfallen, weil sie unecht ist. Schon Tacitus hat die Wirkungslosigkeit der Sittengesetze des Kaisers Augustus festgestellt.

Soweit unleugbar vorkommende grobe Ausschreitungen nachweislich nicht oder nicht scharf genug durch die heutige Gesetzgebung getroffen werden, mag eine bessere Formulierung oder eine Verschärfung der Höchststrafe immerhin versucht werden; bei gutem Willen sollte eine Verständigung der parlamentarischen Parteien darüber gelingen. Daß z. B. pornographische Literatur in Wort und Bild von schamlosen Winkelverlegern an Quartaner vertrieben wird, wie im Reichstage erzählt wurde, ist so himmelschreiend, daß man diesen Buben — d. h. den Verlegern — gegenüber Straflosigkeit einer Lynchjustiz für wünschenswert halten möchte, damit sie es nicht besser haben, als die armen Jungen, wenn sie bei verbotener Lektüre abgefaßt werden.

Ein ungeeigneter Mann?

Ueber den deutschen Generalkonsul in Riga schreibt die „Nationale Korrespondenz":

In Riga wirkt als Vertreter des Deutschen Reiches der Generalkonsul Dr. Ohnesseit. Schon den Ereignissen des letzten Jahres zeigte er sich in keiner Weise gewachsen. Er ging sehr plötzlich in der Beurteilung der Lage vom rosigen Optimismus zur ärgsten Schwarzseherei über. Daß er infolgedessen die Reichsregierung mit Telegrammen um Entsendung von Kriegsschiffen bombardierte, wäre ihm an sich nur als pflichtgemäße Sorge für das Wohl der ihm anvertrauten Reichsangehörigen hoch anzurechnen, wenn er nicht gleichzeitig durch öffentliche Erklärungen und Warnungen an deren Adresse unter diesen selbst eine überflüssige Panik erzeugt hätte, die ihnen geschäftlich schwere Schäden zufügen mußte. Nicht zu rechtfertigen war vor allem, daß er gleichzeitig mit der Aufforderung, aus der Stadt zu flüchten, da die russischen Behörden keine Bürgschaft für die Sicherheit der Ausländer bieten könnten, die Deutschen warnte, ja, ihnen fast verbot, sich an dem von deutsch-baltischer Seite organisierten Selbst- und Nachbarschutz zu beteiligen, ihnen also die Mittel zu einer Notwehr nahm, die nach seinen eigenen Erklärungen über die Ohnmacht der russischen Behörden mehr als berechtigt war! Dies Verbot mußte natürlich auf die Balten einen üblen Eindruck machen und der im nationalen Interesse so überaus wertvollen Verständigung zwischen Deutsch-Balten und Reichsdeutschen entgegenwirken. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen und in ganz Rußland so zugespitzt, daß jedermann für den Herbst die schwersten Verwickelungen erwartet; Verwickelungen, die die deutsche Reichsregierung veranlassen müssen, sie mit gespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich für alle Möglichkeiten bereit zu halten. Im Deutschen Reich hat eine gewaltige Sympathie- und Hilfsbewegung für den bedrohten baltischen Bruderstamm eingesetzt, der auch die höchsten Spitzen und leitenden Persönlichkeiten des Reiches warmes Verständnis und werktätige Teilnahme bezeugen. In den Ostseeprovinzen war die Folge, daß Balten und Reichsdeutsche sich näherkamen als je zuvor, und daß die ersteren, in ihrer Entschlossenheit, auszuharren bestärkt, daran gingen, sich deutschnationale Organisationen zu schaffen, die in kultureller und wirtschaftlicher Arbeit den deutschen Besitzstand im Lande verteidigen und ausbauen sollen. Der Deutsche Schul- und Hilfsverein in Livland beschloß, in seinen Vorstand auch Reichsdeutsche zu wählen, um damit die nationale Grundlage seiner Arbeit scharf hervorzuheben. Man hätte erwarten sollen, der Vertreter des Deutschen Reiches, das nach kaiserlicher Auffassung der Hort und Wahrer deutscher Kultur und deutscher Art auf der ganzen Erde sein soll, hätte diese, jeder politischen Spitze bare, Entwickelung freudig begrüßt und gefördert. Weit gefehlt. Herr Dr. Ohnesseit glaubt aus irgendwelchen unverständlichen Gründen amtlicher Korrektheit, sich gegen ein solches Zusammengehen einsetzen zu müssen, und bringt es durch seinen amtlichen Einfluß glücklich zustande, daß die reichsdeutschen Vertreter im Vorstand des Deutschen Schul- und Hilfsvereins, dessen Satzungen, von der russischen Regierung unbeanstandet, jedem Deutschen den Zutritt gestatten, entweder die Wahl nicht annehmen, oder nach einigen Tagen bis auf einen unabhängiggesinnten und -gestellten Mann wieder austreten! So wirkt ein deutscher Vertreter für die Interessen deutscher Kultur und deutscher Nationalität an einem Punkt, wo diese im Kampf auf Leben und Tod die volle Einsetzung aller Kräfte von jedem seiner Volkspflicht bewußten Deutschen fordern. Herr Dr. Ohnesseit hat offenbar weder die Nerven, noch den Weitblick, den dieser Platz heute von einem Manne fordert, der berufen ist, die deutschen Interessen zu wahren.

Deutsches Reich.

Leipzig, 25. Juli.

* **Huldigung der Keetmanshooper und Dank des Kaisers.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Dem Kaiser ist auf die Bitte der in dem Süden des südwestafrikanischen Schutzgebietes angesiedelten Deutschen durch Gouverneur v. Lindequist aus Windhuk folgende Kundgebung telegraphisch übermittelt worden: „Eurer Majestät gestatten sich die aus Anlaß der Ablehnung des Eisenbahnbaues zusammengekommenen Einwohner von Keetmanshoop ehrfurchtsvoll zu huldigen und auch weiterhin um Eurer Majestät gnädigen Schutz für den großen Süden des Schutzgebietes zu bitten." Der Kaiser hat darauf dem Gouverneur aus Molde folgendes Antworttelegramm zugehen lassen: „Ich beauftrage Sie, der deutschen Bevölkerung des Südens für die Bekundung patriotischer Gesinnung Meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen und hinzuzufügen, daß Ich der Wohlfahrt und den Interessen seiner Bewohner auch fernerhin Meine Fürsorge widmen werde. Wilhelm I. R."

* **Nordlandreise des Kaisers.** Vorgestern nachmittag fand bei günstiger Witterung in dem Molder Fjord eine Segel- und Ruderregatta statt, die von den Kuttern und Gigs der deutschen Kriegsschiffe veranstaltet wurde. Der Kaiser verteilte an Bord der „Hamburg" die Preise; sodann unternahm Seine Majestät einen längeren Spaziergang an Land. Zur Abendtafel hatten zahlreiche Seeoffiziere Einladungen erhalten. An Bord alles wohl.

* **Koloniales.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine große Anzahl Orden- und Ehrenzeichenverleihungen an Offiziere, Aerzte und Mannschaften der Schutztruppe für Südwestafrika. — Hauptmann Volckmann von der Schutztruppe in Südwestafrika wird demnächst nach dem Schutzgebiet zurückkehren. Er hat sich sowohl durch seine Tätigkeit als Distriktschef von Outjo als auch durch seine hervorragende Beteiligung in dem Feldzuge einen Namen gemacht. Gleich in den ersten Kämpfen gegen Hendrik Witboi verlor er ein Auge und schwebte lange Zeit in Gefahr, aller Sehkraft verlustig zu gehen. Er mußte daher seinen Aufenthalt in Südwestafrika schleunigst abbrechen und in die Heimat reisen. Hier gelang es der ärztlichen Kunst, die schwere Gefahr zu beseitigen. Hauptmann Volckmann gehört zu den wenigen Afrikanern, die vom Kaiser persönlich empfangen worden sind. Er hat in der Audienz den Monarchen dringend, ihn trotz seiner Halbinvalidität noch weiter in der Armee belassen zu wollen. Der Kaiser gewährte die Bitte, und so wird der verdiente Offizier bald nach seiner Hochzeit, die demnächst stattfindet, sich wieder nach Südwestafrika begeben. — Unter den amtlichen Nachrichten über den Aufstand finden wir in der „D.-Südwestafr. Ztg." die folgende Meldung: Am 6. Juni wurde durch Kundschafter die Zufuhr von Kleidern und Proviant von südlichen Oranje-Ufer aber Biolsdrift her an die Hottentotten beobachtet. Die Kappolizei muß doch noch besser aufpassen lernen! — Erkundung einer Bahnstrecke nach Tsabora. Oberingenieur Mouvroarbato von der Firma Philipp Holzmann & Co. kehrt, nach der „D.-Ostafr. Ztg.", im August von einer Heimatreise wieder nach Dar-es-Salaam zurück, um in Gemeinschaft mit den Herren P. Fuchs und John Booth vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee eine wirtschaftlich-technische Erkundung der Verlängerung der Morogorobahnstrecke bis nach Tsabora hin zu unternehmen.

* **Das „Enthüllungs-Bureau".** Die von den „Hamb. Nachr." namhaft gemachten Herren Voeplan, Wistuba und Schwinn haben sich vertrauensvoll mit Erklärungen an das „Berliner Tageblatt" gewendet und leugnet alles. Den Zuschriften ist zu entnehmen, daß Herr Wistuba nicht früherer, sondern noch amtsfreier Beamter des Gouvernements von Togo ist und daß er nach seinen eigenen Angaben „seines Wissens" den Abgeordneten Erzberger gegen Ende der diesjährigen Kolonialdebatten kennen gelernt habe. Im übrigen dürfte um so weniger Veranlassung dazu vorliegen, die Erklärungen wiederzugeben, als die Herren Voeplan und Wistuba selbst Angeklagte sind. Das wider Götz und Schneider eingeleitete Verfahren ist nämlich inzwischen auch auf diese beiden ausgedehnt worden; bei Voeplan, Wistuba und Schwinn haben Haussuchungen und Beschlagnahmungen stattgefunden, und Voeplan und Wistuba sind auch die Beamten, über die, wie vor einigen Tagen gemeldet, die Briefsperre verhängt worden ist.

* **Die Haussuchung im Reichstage.** Das „Deutsche Volksblatt" des Reichstagsabgeordneten Erzberger erzählt den aufsehenerregenden Vorgang in folgender Weise: „Der Abg. Erzberger ist als Zeuge geladen worden. Er mußte hier wie jeder andere Zeuge erscheinen; er fragte sofort, ob er auch über das vernommen werde, was er als Abgeordneter erfahren habe. Der Untersuchungsrichter bejahte dies und wies selbst auf die Zeugenpflicht hin. Im Anschluß an die Vernehmung forderte der Untersuchungsrichter, daß er die Arbeitsräume des genannten Abgeordneten im Reichstage besichtigen dürfe; der Abg. Erzberger sagte, er habe nichts dagegen. Inzwischen aber waren dort bereits Polizeibeamte eingetroffen, und diesen hat der Reichstagsdirektor den Zutritt verweigert; er wollte auch dem Untersuchungsrichter den Schlüssel nicht aushändigen; dieser erklärte, er lasse sich nicht in seiner richterlichen Unabhängigkeit einschränken; wo das Gesetz sei, das das Reichstagsgebäude vor einer Durchsuchung schütze. Der Direktor des Reichstages wies auf eine Zusage des Staatssekretärs des Innern hin, die der Untersuchungsrichter als für ihn bestehend nicht anerkannte. Der Abg. Erzberger erklärte nun, er wolle seine Räume privatim dem Untersuchungsrichter zeigen; selbstverständlich dürfe hieraus keine Konsequenz für den Reichstag und die Zukunft gezogen werden. Daran schloß sich die Besichtigung der Räume, die ohne jedes Resultat verlief. Ganz denselben Vorbehalt machte Abgeordneter Erzberger bei der Einsichtnahme seines Materials in der Privatwohnung. Der Untersuchungsrichter erklärte zuvor auf das bestimmteste, daß er das Recht der Haussuchung habe, und diese auch gegenüber einem Abgeordneten mit Hilfe der Polizei unternehmen lassen könne; es handle sich stets nur um die Zeugenaussage. Selbstverständlich habe er nicht dieses Recht, wenn der betreffende Abgeordnete selbst unter Anklage stehen würde, resp. kommen könnte, was beides für den Abg. Erzberger nicht zutreffe. — Wenn Herrn Erzbergers Darstellung richtig ist, befindet sich allerdings der Untersuchungsrichter über die Rechte der Abgeordneten in einer auffälligen Unkenntnis.

* **Ein katholischer Oberpräsident über den Flottenverein.** Die geschäftsführenden Ausschüsse des Deutschen Flottenvereins für die Rheinprovinz hielten Ende der Woche in Bonn ihre Hauptversammlung ab, bei welcher Gelegenheit Oberpräsident Frhr. von Schorlemer sich über den Flottenverein also ausließ:

Frhr. von Schorlemer drückte seine Freude darüber aus, durch die Wahl zum Ehrenvorsitzenden wieder in nähere Beziehungen zum Deutschen Flottenverein gebracht zu sein, gab die Versicherung ab, daß er sich jederzeit freuen werde, den Bestrebungen des Vereins förderlich sein zu können, und fuhr dann fort: „Die Leitung des Deutschen Flottenvereins hat in teilweise recht schwierigen und unangenehmen Verhältnissen sich bewährt, unentwegt ihrem Ziele zu dienen. Sie kann mit Beibehaltung auch heute die Tatsache feststellen, daß dem Verein aus allen Gauen des Vaterlandes und ebenso aus allen politischen Parteien Mitglieder angehören, alle geeinigt in dem Gedanken, daß Deutschlands Stellung im Weltkampf, daß seinem überseeischen Handel in seiner Weiterentwicklung gedient wird durch eine mächtige, dem Angriff und der Verteidigung gewachsene Flotte. Ich freue mich, als Oberpräsident der Rheinprovinz feststellen zu können, daß diese Anschauung auch in der Rheinprovinz großen Anhang und lebhafte Unterstützung gefunden hat. Man kann über das Mehr und das Tempo der Verstärkung der Flotte verschiedener Ansicht sein, wie es Vergangenheit und Gegenwart noch taten. Ich glaube aber trotzdem die Hoffnung und Ueberzeugung aussprechen zu können, daß die gewaltige Bewegung, die der Deutsche Flottenverein angefacht und wach gehalten hat, nicht eher erlahmen wird, bis der Tag angebrochen ist, wo unsere Flotte ebenbürtig denen anderer Länder sich zur Seite stellen kann."

Die Versammlung beschloß eine Erklärung, daß trotz der erfolgten Bewilligung der Flotten-Vorlage durch den Reichstag das Vaterland noch nicht im Besitze einer Flotte ist, die den sicheren Schutz unserer deutschen Brüder im Auslande, unserer Missionen, Kultur- und Handelsinteressen verbürge, so daß mit allen Kräften für die weitere Ausbreitung der Erkenntnis unserer hohen nationalen Ziele einzutreten sei! Die Gegner des Flottenvereins im Zentrum mögen die Worte des klerikalen Oberpräsidenten beherzigen!

* **Reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens.** Seitens des Reichskanzlers ist vor einiger Zeit den Regierungen der Einzelstaaten ein Entwurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens zur Beratung und Stellungnahme überwiesen worden, dem im wesentlichen die seiner Zeit im Althoffschen Entwurf entwickelten Anschauungen zugrunde liegen. Es wird, nach dem „B. T.", erwartet, daß die Regierungen der Einzelstaaten bis zum Schluß des Jahres sämtlich zu diesem im Reichsamt des Innern unter Teilnahme von Kommissaren des preußischen Medizinalministers ausgearbeiteten Entwurf Stellung genommen haben werden, so daß er im Frühjahr nächsten Jahres zur öffentlichen und fachmännischen Besprechung gestellt werden dürfte. Infolge dieses Vorgehens des Reichskanzlers und des Reichsamts des Innern ist die teilweise bereits in Angriff genommene einzelstaatliche Regelung des Apothekenwesens in erster Linie in Bayern, dann aber auch in Preußen zum Stillstand gekommen, da das Reich in dieser Materie die Vorhand hat.

* **Neue Nichtbestätigung eines evangelischen Geistlichen.** Nach einem Telegramm aus Dortmund hat das Landeskonsistorium laut Verfügung vom 22. Juli d. J. die Wahl des (liberalen) Pfarrers Cäsar aus Wiesental zum Pfarrer der Reinoldigemeinde in Dortmund die Bestätigung versagt. Die Nichtbestätigung erfolgte „wegen vorliegenden Mangels an Uebereinstimmung des Gewählten mit den Bekenntnissen der Kirche."

* **Baugewerbe-Ausstand in Köln.** Für Köln steht ein umfangreicher Streik in Aussicht. Nachdem die Dachdeckermeister streikende Frankfurter Dachdeckergesellen eingestellt, aber wieder entlassen hatten, als sie Kenntnis vom Ausbruch des Streiks in Frankfurt erhielten, brach ein teilweiser Streik in Köln aus, da die Ausständigen die Wiedereinstellung der Frankfurter Arbeiter verlangten. Jetzt beschloß die freie Vereinigung der Arbeitgeber des Dachdecker- und Dachkempnergewerbes, falls bis morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, über sämtliche Betriebe die Aussperrung zu verhängen. Der Sekretär des deutschen Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe erklärte, daß man sich mit den Beschlüssen der Dachdecker und Dachkempner solidarisch erkläre. Inzwi-